



Sinkendes Rentenniveau zwingt Rentner zur Arbeit

Frankfurt am Main, 31.08.2016

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert, den Trend hin zu sozialem Abstieg im Alter zu stoppen. „Die aktuellen Zahlen von Rentnern mit Minijob sind ein klares Warnsignal, das die Rentenpolitik in die falsche Richtung läuft. Immer mehr Ältere müssen arbeiten, um ihren Lebensstandard zu sichern.

Wer wenig Rente hat und das nicht schafft, dem droht das soziale Abseits“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger. „Der politisch gewollte Sinkflug des gesetzlichen Rentenniveaus muss dringend gestoppt werden, und wir brauchen flexible Übergänge aus dem Erwerbsleben für Beschäftigte, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können. Darüber hinaus fordern wir langfristig ein wieder steigendes Rentenniveau.“

Laut Bundesarbeitsministerium arbeiten inzwischen fast eine Million Rentner in einem Minijob. Während sich die Zahl der Minijobber insgesamt verringert, steigt sie bei Menschen im Alter von 65 Jahren und älter. Die Entwicklung ist dabei kein Zeichen von mehr Fitness der Senioren, sondern Ausdruck materieller Not, wie eine Umfrage der IG BAU zum Thema „Arbeiten im Alter“ bereits im vergangenen Jahr ergab. Von den befragten Mitgliedern ab 63 gab jeder Dritte erwerbstätige Rentner an, arbeiten zu müssen, weil die Rente nicht für den Lebensunterhalt reicht. Insgesamt 40 Prozent sind danach berufstätig, weil sie sonst ihren Lebensstandard nicht halten können (Mehrfachnennung war möglich).

„Völlig abgehängt sind diejenigen, die es nicht schaffen, sich etwas dazu zu verdienen“, sagte Feiger. „Sie sind die größten Verlierer einer verfehlten Rentenpolitik. Trotz jahrzehntelanger Arbeit rutschen sie in die Grundsicherung.“ Laut Statistischem Bundesamt hat sich die Zahl der Grundsicherungsempfänger im Alter von 258 000 Ende 2003 auf 536 000 Ende vergangenen Jahres mehr als verdoppelt.



Pressespiegel

Ausgabe: 01.09.2016



Es gibt keine Menschen zweiter Klasse

Frankfurt am Main, 31.08.2016

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) ruft anlässlich des morgigen Antikriegstags dazu auf, sich für die Achtung der Freiheit, für Gerechtigkeit und Demokratie einzusetzen. „Es ist wichtig, dass wir Offenheit und Mitgefühl in unserer Gesellschaft wahren. Hass und Menschenfeindlichkeit der Hetzer mit vermeintlich einfachen Lösungen dürfen nie wieder die Oberhand gewinnen.“

Diese Lehre aus zwölf Jahren Nazi-Herrschaft sollten wir nicht vergessen“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger.

Diese Lehre aus zwölf Jahren Nazi-Herrschaft sollten wir nicht vergessen“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger. „Die Überlegenheits-Ideologie der Faschisten hat die Welt an den Abgrund geführt. Einen Vorgeschmack bot der Ausbruch des spanischen Bürgerkriegs im Sommer vor 80 Jahren. Mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 brachte Nazi-Deutschland Not, Elend und Tod über die ganze Welt. Die gnadenlose Verfolgung durch Nationalsozialisten hat Millionen Juden, Sinti und Roma, Homosexuellen und Andersdenkenden - darunter viele Gewerkschafter – das Leben gekostet.“

Die IG BAU macht sich stark für Frieden und Solidarität. Voraussetzung ist dafür die feste Verankerung der europäischen Staaten in der EU. Sie ist das erfolgreichste Friedensprojekt der Geschichte. Gleichzeitig garantiert sie ebenso wie das Grundgesetz die Würde jedes Einzelnen. „Es gibt keine Menschen zweiter Klasse. Diese Lehre aus dem Faschismus und der Katastrophe des zweiten Weltkriegs ist der Grundpfeiler. Auf ihm ruht unser Wertesystem“, sagte Feiger.

„Wer diesen Satz in Frage stellt, sobald er Fremden begegnet, verneint die Grundprinzipien unserer freiheitlichen Demokratie. Er muss sich im Klaren sein, dass er damit ein Klassensystem fordert, das die Gesellschaft in Unterdrückte und Unterdrücker teilt. Ein solches System ist ohne Einsatz von extremer Gewalt nicht denkbar. Wir wollen das nicht. Einen Terrorstaat darf es in Deutschland nie wieder geben.“

Lokalkompass.de